

ANSPRECHPARTNER

**Dr. Christian Jung**

Verkehrspolitischer Sprecher

christian.jung@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9250**Hans Dieter Scheerer**

Mitglied des Arbeitskreises Verkehr

hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9280**Friedrich Haag**

Mitglied des Arbeitskreises Verkehr

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9240**Markus Flandi**

Parlamentarischer Berater

markus.flandi@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9021

VERKEHR

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode im Mai 2022 hat sich der Arbeitskreis Verkehr unter dem Vorsitz von Dr. Christian Jung MdL neu gebildet. Er wird von Hans Dieter Scheerer MdL und Friedrich Haag begleitet und ergänzt, die innerhalb des Arbeitskreises eigene Bereiche der Verkehrspolitik verantworten.

Die FDP/DVP-Fraktion macht dort weiter, wo sie mit der Landtagswahl im März aufgehört hat: Mit einer innovativen, kreativen und durchdachten Oppositionspolitik, die klare Alternativen der Freiheit und Vernunft – gekoppelt mit Verantwortung – aufzeigt.

Leider macht unser grüner Verkehrsminister auch so weiter, wie wir ihn kennen. Mit einer ideologiegeprägten Politik wird Stimmung gegen den Motorisierten Individualverkehr (MIV) gemacht. Eine so genannte Mobilitäts-Garantie hat zum Ziel, alle, also wirklich alle Orte im Land von 5:00 bis 24:00 Uhr bis zum Jahr 2026 mindestens im Studententakt, zu den Hauptverkehrszeiten sogar im Halbstudententakt zu erreichen. Dass so etwas Unmengen an Geld kostet, ist offenkundig. Wir fragen uns zudem, ob es überhaupt in sehr ländlichen Räumen dafür einen Bedarf geben kann und wie ökologisch es ist, mit leeren Bussen durch die Gegend zu fahren. Vor allem aber: Die grün-schwarze Landesregierung hat sich zur Finanzierung dieses vermeintlich verlockenden Angebots etwas ganz Besonderes ausgedacht: Es soll ein Landesgesetz ge-

schaffen werden, mit dem die Kommunen das Recht bekommen sollen, einen so genannten Mobilitätspass auszugeben. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als eine Zwangsabgabe für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Wir sagen Ja zu einem modernen, innovativen ÖPNV und setzen hierbei auf die riesigen Chancen der Digitalisierung. So können mit Bündelungen und bedarfsgerechten Fahrten in Verbindung mit mittelfristig verfügbaren autonomen Fahrzeugen weitaus kostengünstigere und passgenaue Angebote geschaffen werden.

Wir Freien Demokraten sagen aber auch ganz klar Ja zur individuellen Mobilität. Damit diese weitgehend klimaneutral möglich wird, haben wir uns mit einem Antrag mit Beschlussteil für synthetische Kraftstoffe eingesetzt. Leider wollte die grün-schwarze Landesregierung nichts davon wissen, hier kraftvoll die richtigen Schritte Richtung Zukunft zu gehen.

Im Hinblick auf den Luftverkehr haben wir die grünen Träume eines Verbots von Kurzstreckenflügen enttarnt. Weder gibt es hierfür eine Definition noch nach unserer Auffassung eine Legitimation. Zumal – und das hat ein entsprechender Antrag im Landtag klar gezeigt – ein Verbot von Flügen bis 1.500 km Reichweite das Aus des Luftverkehrsstandorts Baden-Württemberg wäre.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/53](#) - Nahverkehrs-Ergänzungsstation im Rahmen der Initiative „Eisenbahnknoten Stuttgart 2040“
- » [17/72](#) - Zukunft des Luftverkehrsstandorts Baden-Württemberg
- » [17/200](#) - Modellprojekt zum Einsatz synthetischer Kraftstoffe für tatsächlichen Klimaschutz
- » [17/475](#) - JobBike BW
- » [17/1138](#) - Übernahme der Abellio Rail Baden-Württemberg GmbH durch die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG)
- » [17/1141](#) - Mangel an Berufskraftfahrern sowie sonstigen Fahrern

IM FOKUS

INSOLVENZ DER ABELLIO RAIL BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Arbeitskreis:
Verkehr

Ansprechpartner:
Dr. Christian Jung
Hans Dieter Scheerer
Friedrich Haag

Die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) hat die insolvente Gesellschaft gekauft. Was steckt dahinter und warum interessieren wir uns dafür?

Das Land ist Aufgabenträger des regionalen Schienenverkehrs. Über die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH werden Verkehrsverträge vergeben. Die Landesregierung steht also voll in der Verantwortung. Vor Jahren hat sich der grüne Verkehrsminister mit den Vergaben an Go Ahead und Abellio gerühmt.

Im Jahr 2021 war dann für das niederländische Unternehmen Schluss. Nach Schutzschirm folgte das Insolvenzverfahren. Jetzt fahren diese Bahnen unter dem Dach der landeseigenen SWEG nach dem Kostendeckungsprinzip. Insgesamt ein für die öffentliche Hand teures Szenario. Für uns, die wir die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vertreten und für Transparenz sorgen, stellen sich viele Fragen insbesondere zur Rolle des Verkehrsministers. Für einen Übergangszeitraum wurden der Gesellschaft im Insolvenzverfahren rund 6 Mio. Euro gezahlt. Weitere knapp 6 Mio. Euro hat die SWEG an Krediten aufgenommen, um die insolvente Abellio Rail BW zu kaufen.

Es ging dabei immer um das Gesamtpaket des Unternehmens, für das den Gläubigern ein sehr attraktiver Preis geboten wurde, da-

mit diese überhaupt zustimmen. Bemerkenswert ist, dass das Betriebswerk in Pforzheim mit 7,95 Mio. Euro vom Land gefördert wurde und alle Schienenfahrzeuge einer landeseigenen Anstalt gehören. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Haftung der niederländischen Muttergesellschaft für deren deutsche Tochter und weiter für das baden-württembergische Unternehmen zu richten.

Es muss geklärt werden, ob es hier Fehler im Vertrag gegeben hat, für die die Bürger und Bürgerinnen in Baden-Württemberg nun einstehen müssen. Das wäre letztlich die Verantwortung des grünen Verkehrsministers. Wir bleiben dran!

Hier geht's zurück zur Übersicht!